

# Rosa Luxemburgs basisdemokratische Sozialismus-Konzeption\*

Ottokar Luban

Im Rahmen eines wissenschaftlichen Disputs wurde vom Verfasser die Frage aufgeworfen, ob Rosa Luxemburg zur von Lenin und den Bolschewiki dominierten kommunistischen Bewegung zu rechnen sei, „oder ob sie [Rosa Luxemburg] nicht vielmehr als Vertreterin einer linksradikalen Variante der deutschen Sozialdemokratie zu betrachten ist, da ihre Ideen durchaus im Spektrum der Vorkriegs-SPD [also vor 1914] lagen.“<sup>1</sup> Dieser Frage soll hier – mit dem Schwerpunkt auf Rosa Luxemburgs basisdemokratischer Konzeption – nachgegangen werden, wobei die Beantwortung nur unter Berücksichtigung des gesamthistorischen Kontextes des späten deutschen Kaiserreiches sowie der programmatischen und praktisch-politischen Entwicklung der deutschen Sozialdemokratie vom Erfurter Parteitag 1891 bis zur Gründung der Kommunistischen Partei Deutschlands (Spartakusbund) zum Jahreswechsel 1918/19 möglich ist.

## *Zwischen Erfurter Programm 1891 und Novemberrevolution 1918*

Als Rosa Luxemburg 1898 nach Deutschland übersiedelte, um in der SPD mitzuwirken, kam sie in ein Land mit einer halbabsolutistischen Staatsform. Es gab zwar ein Parlament, den Reichstag, doch dieser hatte wenig Rechte. Der Kaiser, nicht die Reichstagsabgeordneten, bestimmte und ernannte den Reichskanzler und die Staatssekretäre bzw. entließ sie. Der Kaiser entschied über Krieg und Frieden und über alle Angelegenheiten des Heeres und der Marine. Bei der allgemeinen Gesetzgebung konnte der Bundesrat, in dem das Königreich Preußen mit seinem undemokratischen Dreiklassenwahlrecht eine Vormachtstellung besaß, alle Vorlagen des Reichstags blockieren. Formal hatte das Parlament ein einziges wirksames Mittel

---

\* Überarbeitete Fassung eines Referats, gehalten auf der Konferenz der „Internationalen Rosa-Luxemburg-Gesellschaft“ zusammen mit dem „Institut für Weltsozialismus“ des ZK der KP Chinas und der Rosa-Luxemburg-Stiftung Berlin am 21./22.11.2004 in Guangzhou, China.

1 Siehe Ottokar Luban: Rosa Luxemburg – Demokratische Sozialistin oder Bolschewistin?, in: Jahrbuch für Historische Kommunismusforschung 2000/2001, Berlin 2001, S.409-420, hier S.420. Siehe auch Jürgen Rojahn: Parlamentarismus-Kritik und demokratisches Ideal. Wies Rosa Luxemburg einen „dritten Weg“?, in: Theodor Bergmann/Jürgen Rojahn/Fritz Weber (Hrsg.): Die Freiheit der Andersdenkenden. Rosa Luxemburg und das Problem der Demokratie, Hamburg 1995, S.11-27; Manfred Scharrer: Rosa Luxemburg – „Die Revolution ist großartig, alles andere ist Quark“, in: Jahrbuch für Historische Kommunismusforschung 2000/2001, S.391-408; ders.: „Freiheit ist immer...“ Die Legende von Rosa & Karl, Berlin 2002; Bernd Faulenbach: Rosa Luxemburg als Mythos? Zur Bedeutung der historischen Rosa Luxemburg für die heutige Sozialdemokratie, in: Mitteilungsblatt des Instituts für soziale Bewegungen [der Ruhr-Universität Bochum], 2003, Nr. 29, S.75-88.

gegenüber der kaiserlichen Regierung, nämlich die Bewilligung oder Ablehnung der von der Regierung benötigten Finanzmittel, das sogenannte Budgetrecht.<sup>2</sup>

Faktisch war dieses Mittel ein stumpfes Schwert. Denn im Falle einer Ablehnung der Haushaltsmittel durch den Reichstag drohten die Auflösung des Parlaments und Neuwahlen. Das war Ende 1906 der Fall, als eine Mehrheit des Reichstags der Regierung die Finanzmittel für die militärische Aufrüstung verweigerte. Nach Auflösung des Parlaments entfachten die reaktionären und konservativen Parteien und Interessenverbände vor den Neuwahlen 1907 eine nationalistische Propagandaschlacht gegen die Sozialdemokraten. Die SPD verlor fast die Hälfte ihrer Reichstagsmandate. Die kaiserliche Regierung hatte sich somit eine Mehrheit für die Bewilligung der Militärausgaben im neuen Reichstag verschafft.

Insgesamt hatte sich das Bürgertum in Deutschland Ende des 19. Jahrhunderts mit dem halbabsolutistischen System arrangiert und entwickelte keine Initiativen für eine Demokratisierung.<sup>3</sup> Wichtig sind in diesem Zusammenhang zwei Aussagen des Historikers Dieter Groh: Die bürgerlichen Interessenverbände und Propagandaorganisationen hatten in den 1890er Jahren ihre Instrumente zur Beeinflussung der öffentlichen Meinung so weit perfektioniert, daß die Mehrheit der Bourgeoisie „nicht nur nationalistisch und imperialistisch, sondern, von wenigen Ausnahmen abgesehen, auch antidemokratisch, vor allem aber antisozialistisch eingestellt [war], weite Teile auch sogar antiliberal und antisemitisch“.<sup>4</sup> Die „Machtelite in Verwaltung und Armee“ rekrutierte sich bis zum November 1918 „vornehmlich aus spätfeudal-agrarischen Schichten“.<sup>5</sup> „Neben Schule und Armee erwies sich vor allem die preußische Exekutive [d. h. die Administration, d. Verf.] als stärkstes Bollwerk gegen das Vordringen der Sozialdemokratie“<sup>6</sup> und man kann hinzufügen: auch gegen alle Demokratisierungsbestrebungen.

Für die Zeit nach der Novemberrevolution 1918 muß man sich vor Augen halten, daß die beschriebenen Strukturen des späten Kaiserreichs durch die revolutionären Ereignisse nicht zerstört oder entscheidend verändert wurden.

Trotz der weitgehenden Machtlosigkeit des Reichsparlaments nutzten die deutschen Sozialdemokraten die Wahlkämpfe und die Debatten im Reichstag zur Propagierung ihrer Ideen, und zwar mit großem Erfolg. Bei den Reichstagswahlen stieg die Zahl der SPD-Stimmen und der SPD-Mandate vor dem Ersten Weltkrieg, mit Ausnahme der Wahlen von 1907, stetig an: von 1.427.298 Stimmen (19,7 Prozent) und 35

2 Siehe Ernst-Wolfgang Böckenförde: Der deutsche Typ der konstitutionellen Monarchie im 19. Jahrhundert, in: Werner Conze (Hrsg.): Beiträge zur deutschen und belgischen Verfassungsgeschichte im 19. Jahrhundert (Beiheft zur Zeitschrift „Geschichte in Wissenschaft und Unterricht“), Stuttgart 1967, S.70-92, vor allem S.78-84; Volker Ullrich: Die nervöse Großmacht. Aufstieg und Untergang des deutschen Kaiserreichs 1871-1918, Frankfurt a. M. 1997, S.31-38.

3 Siehe Dieter Groh: Negative Integration und politischer Attentismus. Die deutsche Sozialdemokratie am Vorabend des Ersten Weltkrieges, Frankfurt a. M. u. a. 1973, S.23, 25f., 31.

4 Ebenda, S.31, siehe auch S.52f.

5 Ebenda, S.23.

6 Ebenda, S.56.

Reichstagssitzen (8,8 Prozent) in 1890 auf 4.250.399 Stimmen (34,7 Prozent) und 110 Sitze (27,7 Prozent) im Jahre 1912.<sup>7</sup> Einen starken Zuwachs erlebte die SPD auch bei den Mitgliederzahlen, die sich von 384.327 in 1906 auf 1.085.905 in 1914 fast verdreifachten.<sup>8</sup>

Diese Erfolge der Sozialdemokraten waren unter erschwerten Bedingungen errungen worden. Zwar endete 1890 das zwölf Jahre währende Sozialistengesetz und damit das Verbot der sozialdemokratischen Parteiorganisation, doch drohten danach immer wieder repressive Gesetze gegen die SPD oder sogar reaktionäre Staatsstreich mit allgemeiner Rücknahme der bescheidenen demokratischen Rechte. Die Wahlkreiseinteilung benachteiligte die Sozialdemokraten in starkem Maße. SPD-Mitglieder und sich offen bekennende SPD-Sympathisanten wurden sozial diskriminiert und von Berufen in der staatlichen Verwaltung weitgehend ausgeschlossen. „Polizei und Justiz führten vielerorts einen erbarmungslosen Kleinkrieg gegen ihre Presse und Organisationen.“<sup>9</sup> Kritik sozialdemokratischer Journalisten und Redner an den Vertretern der konservativen Verwaltung wurde häufig von den Gerichten als Beleidigung gewertet und mit Gefängnis- oder Geldstrafen geahndet. Die Politische Polizei überwachte die SPD-Organisation mit einem dichten Spitzelnetz. Das Ergebnis dieser Überwachung fand in vielen Akten der Politischen Polizei zu Parteiführern wie August Bebel, aber auch zu Funktionären der mittleren und unteren Parteiebene sowie über einzelne Parteiorganisationen seinen Niederschlag. Ein kleiner Teil dieser Akten ist kurz vor der Novemberrevolution 1918 von der Leitung der Politischen Polizei in Berlin vernichtet worden. Ein großer Teil blieb erhalten und konnte später von der Geschichtsforschung genutzt werden.<sup>10</sup>

Grundlage der sozialdemokratischen Programmatik waren die Theorien von Karl Marx in der Interpretation von Friedrich Engels und Karl Kautsky mit dem Parteivorsitzenden August Bebel als wichtigstem Propagandisten: Auf Grund der wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung in den hochindustrialisierten Staaten würde es mit wissenschaftlicher Gesetzmäßigkeit zum Zusammenbruch der kapitalistischen Gesellschaft mit einer Machtübernahme durch das Proletariat kommen; die Proletarier und ihre politischen Vertreter würden die errungene Regierungsgewalt zu einer grundlegenden Umstrukturierung der kapitalistischen Gesellschaft in eine sozialisti-

---

7 Siehe Dieter Fricke: Handbuch zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung 1869 bis 1917, in zwei Bänden, Berlin 1987, Bd. 2, S.720.

8 Siehe ebenda, Bd. 1, S.308.

9 Ullrich, Großmacht, S.176.

10 Siehe Groh, Integration, S.28f., 37f., 115, 523, 525, 534-536, hier insbesondere auch die Anmerkungen 281 und 283; Wilhelm Dittmann: Erinnerungen, bearbeitet und eingeleitet von Jürgen Rojahn, 3 Bde., Frankfurt a.M.-New York 1995, Bd. 1, S.53f., 89-92 mit Beispielen; Dokumente aus geheimen Archiven. Berichte des Berliner Polizeipräsidenten zur Stimmung und Lage der Bevölkerung in Berlin 1914-1918, bearbeitet von Ingo Materna und Hans-Joachim Schreckenbach unter Mitarbeit von Bärbel Holtz, Weimar 1987, S.XII, XXIV-XXVII, 3ff.; Susanne Miller: Das Problem der Freiheit im Sozialismus. Freiheit, Staat und Revolution in der Programmatik der Sozialdemokratie von Lasalle bis zum Revisionismusstreit, Frankfurt a. M. 1964, S.275-277.

sche Gesellschaft – hauptsächlich auf dem Wege der Vergesellschaftung der Produktionsmittel – nutzen. Endziel war nicht eine neue Klassenherrschaft (des Proletariats), sondern eine Gemeinschaft der Gleichen, in der alle Bürgerinnen und Bürger nicht nur politisch gleichgestellt, sondern auch wirtschaftlich und sozial gleichberechtigt sein würden. In der Zeit der kapitalistischen Gesellschaft war es somit Aufgabe der SPD, der Arbeiterschaft die Klassengegensätze zwischen Bourgeoisie und Proletariat bewußt zu machen, mit dem Ziel, den Zusammenbruch zu beschleunigen und die Proletarier auf die Aufgabe der Machtübernahme und der anschließenden Errichtung der sozialistischen Gesellschaft vorzubereiten. Gleichzeitig sollte durch die sozialdemokratische Agitation in Versammlungen, Zeitungen und in den Parlamenten öffentlicher Druck zugunsten einer Verbesserung der Lebensbedingungen der Arbeiterschaft ausgeübt werden.<sup>11</sup>

Die Vorstellungen über die Form der Machtübernahme durch das Proletariat und ihre politische Vertretung blieben in den Reden und Schriften der Sozialdemokraten in der Zeit des späten Kaiserreichs sehr allgemein. Friedrich Engels sah in einem Brief an die deutschen Parteiführer für die SPD die Möglichkeit, im Rahmen einer republikanischen Verfassung an die Macht zu kommen.<sup>12</sup> Er gab sich aber damit zufrieden, daß dies nicht als Forderung in das Parteiprogramm von 1891 aufgenommen wurde. Denn der Parteivorstand befürchtete bei offener Propagierung der Republik strafrechtliche Schritte gegen die SPD und eventuell sogar ein erneutes Parteiverbot. Karl Kautsky erwartete bei künftigen Wahlen eine eindeutige SPD-Mehrheit, da Dreiviertel der Wähler für die Ziele der Sozialdemokratie zu gewinnen wären.<sup>13</sup> Allerdings schien die Möglichkeit einer proletarischen Regierung trotz des Glaubens an den Zusammenbruch der kapitalistischen Gesellschaft in einiger Ferne zu liegen. Denn die Machtstrukturen des Wilhelminischen Kaiserreichs erwiesen sich bis zum Ende des Ersten Weltkrieges immer wieder als sehr stabil.<sup>14</sup> Dennoch prog-

11 Siehe Programm der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands (Erfurter Programm) von 1891, in: Revolutionäre deutsche Parteiprogramme, vom Kommunistischen Manifest zum Programm des Sozialismus, hrsg. und eingeleitet von Lothar Berthold und Ernst Diehl, Berlin 1964, S.82-86. August Bebel führte auf dem SPD-Parteitag im Oktober 1899 in Hannover aus: „Den bürgerlichen Parteien stehen wir gegenüber als eine *revolutionäre* Partei, insofern als wir bestrebt sind, an Stelle der bestehenden Staats- und Gesellschaftsordnung eine von Grund auf anders gestaltete, eine sozialistische, zu setzen, die mit der bürgerlichen unvereinbar ist. Nach dieser Richtung hin müssen wir unter allen Umständen die schärfste Scheidegrenze aufrecht-erhalten. Vor allem müssen wir auch daran festhalten, daß die Umwandlung der bürgerlichen Gesellschaft *nur das Werk der Arbeiterklasse sein kann* [...]“ (August Bebel: Ausgewählte Reden und Schriften, Bd. 4: Reden und Schriften Januar 1896 bis Dezember 1899, Endredaktion: Anneliese Beske und Eckhard Müller, München u. a. 1995, S.482. Siehe auch Miller, Problem, S.210-215.

12 Siehe Friedrich Engels: Zur Kritik des Sozialdemokratischen Parteiprogrammentwurfs 1891, in: Revolutionäre deutsche Parteiprogramme, S.92-94; siehe auch Miller, Problem, S.262.

13 Siehe Karl Kautsky: Der Weg zur Macht. Anhang: Kautskys Kontroverse mit dem Parteivorstand, hrsg. und eingeleitet von Georg Fülberth, Frankfurt a. M. 1972, S.69.

14 Siehe Groh, Integration, S.189.

nostizierte Bebel in aller Öffentlichkeit wiederholt den Zusammenbruch der kapitalistischen Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung, den „Kladderadatsch“, wie am 22. Januar 1903 und zuletzt am 9. November 1911 im Reichstag.<sup>15</sup>

Gewalttätige Auseinandersetzungen wurden von den Sozialdemokraten nur für den Fall erwartet, daß die Bourgeoisie gewaltsamen Widerstand gegen die Regierungsübernahme durch die Arbeiterpartei oder die dann folgende grundlegende Umgestaltung in eine sozialistische Gesellschaft leisten würde.<sup>16</sup>

Dabei ist hervorzuheben, daß die sozialdemokratische Programmatik seit dem Erfurter Programm von 1891 nicht allein und in erster Linie die Herstellung der politischen Gleichstellung vorsah, sondern die grundlegende Umgestaltung der Gesellschaft durch die Schaffung der wirtschaftlichen und sozialen Gleichberechtigung aller Angehörigen der sozialistischen Gesellschaft, gleich welcher Herkunft. Die demokratische Staatsform, z. B. die Republik, war „für das ‚Endziel‘ [die Errichtung der sozialistischen Gesellschaft, d. Verf.] nichts als ein Mittel“, so Susanne Miller.<sup>17</sup>

### *Rosa Luxemburg zur Rolle der Demokratie während ihrer ersten Jahre in der SPD*

Die Äußerungen Rosa Luxemburgs zur Rolle der Demokratie blieben, insbesondere in ihren ersten Jahren in der deutschen Sozialdemokratie, vollständig im Rahmen der oben grob skizzierten sozialdemokratischen Programmatik und Agitation. Schon in ihrer Schrift „Sozialreform oder Revolution?“, entstanden aus der Auseinandersetzung mit dem Theoretiker des Revisionismus Eduard Bernstein, legte Rosa Luxemburg ihre Auffassungen zur Demokratie dar: „[...] die Demokratie ist unentbehrlich, nicht, weil sie die Eroberung der politischen Macht durch das Proletariat *überflüssig*, sondern umgekehrt, weil sie diese Machtergreifung ebenso *notwendig* wie auch *einzig möglich* macht“.<sup>18</sup> Sie betonte mehrfach, daß es dabei darauf ankäme, die Demokratie für die Machtübernahme durch das Proletariat und seine politische Vertretung mit der anschließenden grundlegenden Umgestaltung in eine sozialistische Gesellschaft zu nutzen.<sup>19</sup> Die „Eroberung der Staatsgewalt“ durfte nach Luxemburg nicht in Form von „blanquistischen Staatsstreich einer ‚entschlossenen Minderheit““ erreicht werden, sondern nur „durch die große, und [zwar] klassenbewußte Volksmasse“.<sup>20</sup> Der „gewerkschaftliche und parlamentarische Kampf“ diene dazu, „das Proletariat allmählich zur Besitzergreifung der politischen Gewalt zu führen und zu erziehen“.<sup>21</sup> Auch die Errichtung der sozialistischen Gesellschaft „setzt einen langen und

15 Siehe August Bebel: *Ausgewählte Reden und Schriften*, Bd. 7/1: *Reden und Schriften 1899 bis 1905*, bearbeitet von Anneliese Beske/Eckhard Müller, München u. a. 1997, S.296; ders.: *Ausgewählte Reden und Schriften*, Bd. 8/2: *Reden und Schriften 1906 bis 1913*, bearbeitet von Anneliese Beske/Eckhard Müller, München u. a. 1997, S.576.

16 Siehe Karl Kautsky: *Das Erfurter Programm*, Berlin 1965 [Erstausgabe: 1892], S.112.

17 Miller, *Problem*, S.269.

18 Rosa Luxemburg: *Gesammelte Werke*, hrsg. vom Institut für Marxismus-Leninismus beim ZK der SED, Bd. 1, 1. Halbbd., Berlin 1970, S.432.

19 Siehe ebenda, S.400, 428f., 431.

20 Ebenda, S.434.

21 Ebenda, S.400f.

hartnäckigen Kampf voraus, wobei das Proletariat allem Anschein nach mehr als einmal zurückgeworfen“ werde.<sup>22</sup> Die proletarische Revolution, die Regierungsübernahme durch eine Arbeiterpartei mit anschließender Errichtung der sozialistischen Gesellschaft müsse nicht gewaltsam erfolgen, wie sie auf dem SPD-Parteitag 1899 darlegte: „[...] denn wir sind die letzten, die zu Gewaltmitteln greifen, die eine brutale Revolution herbeiwünschen können. Aber solche Dinge hängen nicht von uns ab, sondern von unseren Gegnern [...], und die Frage der Form, in der wir zur Herrschaft gelangen, müssen wir vollständig ausscheiden; das sind Fragen der Umstände, über die wir heute nicht prophezeien können.“<sup>23</sup>

#### *Luxemburgs basisdemokratische Konzeption der Massenbewegung*

„Die Massen in der sozialistischen Partei bzw. die Massen in der Arbeiterbewegung entscheiden über den Kurs zum Sozialismus, nicht die Führer, die den Proletariern lediglich den großen Rahmen und stimulierende kurz- und mittelfristige Zielsetzungen vorzugeben haben“ – so charakterisierte ich Rosa Luxemburgs Demokratieverständnis in der oben erwähnten Studie im Jahre 2001.<sup>24</sup> Dieses basisdemokratische Leitmotiv Luxemburgs zieht sich durch alle ihre Reden und Schriften, besonders deutlich seit ihrer Kritik 1904 am ultrazentralistischen Parteikonzept Lenins, und prägt alle ihre Äußerungen bis zum Spartakusprogramm vom 14. Dezember 1918 und den letzten Aufsätzen in der „Roten Fahne“ im Januar 1919.

Unmittelbar nach der russischen Revolution von 1905/06, an der sie selbst einige Monate teilgenommen hatte, propagierte Rosa Luxemburg die Anwendung des Massenstreiks in den politischen Kämpfen in Deutschland, vor allem zur Beseitigung des Dreiklassenwahlrechts im Königreich Preußen. 1910 verlangte sie von der Parteiführung sogar, die politische Forderung nach Errichtung der Republik in die Agitation der Partei aufzunehmen und zu vertreten.<sup>25</sup> Damit fand eine stark offensive Note in Luxemburgs politische Konzeption Eingang, die im deutlichen Gegensatz zu der immer vorsichtiger und passiver werdenden Haltung des sozialdemokratischen Parteivorstandes stand, wie der polnische Historiker Feliks Tych bereits 1994 auf der Rosa-Luxemburg-Konferenz in Beijing hervorgehoben hat.<sup>26</sup> Luxemburgs basisdemokratisches Konzept für die Rolle der proletarischen Massen prägt nicht nur ihre Massenstreikbroschüre von 1906 und viele Zeitungsartikel der Vorkriegszeit,<sup>27</sup> sondern auch die weiteren Arbeiten in der Kriegs- und Revolutionszeit. In der im Frühjahr 1915 verfaßten Broschüre „Die Krise der Sozialdemokratie“, wegen des Belagerungszustandes illegal unter dem Pseudonym „Junius“ erschienen und deshalb als „Junius-Broschüre“ bekanntgeworden, analysierte

22 Ebenda, S.435.

23 Ebenda, S.571f.

24 Siehe Anm. 1.

25 Siehe Rosa Luxemburg: Gesammelte Werke, Bd. 2, hrsg. von der Rosa-Luxemburg-Stiftung Gesellschaftsanalyse und politische Bildung e. V., wissenschaftliche Betreuung: Annelies Laschitzka, 6., überarbeitete Auflage, Berlin 2004, S.301f., 379-387.

26 Siehe Feliks Tych: Die Revolution von 1905-1907. Zur Entwicklung der politischen Philosophie Rosa Luxemburgs, in: Bergmann/Rojahn/Weber (Hrsg.), Freiheit, S.81f.

27 Siehe Luxemburg, Gesammelte Werke, Bd. 2, S.146, 299.

sie die sozialdemokratische Politik der ersten Kriegsmonate: Mögliche Aufrufe zum Massenstreik und zur Dienstverweigerung der Soldaten bei Kriegsausbruch hielt sie in der gegebenen Situation für verfehlt. Denn „große Volksbewegungen werden nicht mit technischen Rezepten aus der Tasche der Parteiinstanzen inszeniert“. Aufgabe der sozialdemokratischen Führer sei es, „*die politische Lösung, die Klarheit über die politischen Aufgaben und Interessen des Proletariats im Kriege*“ zu geben.<sup>28</sup> Deshalb hätte sich die SPD nach Kriegsausbruch gegen die Beschneidung der freiheitlichen Rechte durch den Belagerungszustand wenden und die Republik fordern müssen.<sup>29</sup> Noch unmittelbar vor der deutschen Novemberrevolution 1918 propagierte Luxemburg im illegal herausgegebenen Spartakusbrief Nr. 12 vom Oktober 1918 erneut die Republik, und zwar als „erste Etappe“ der proletarischen Revolution.<sup>30</sup>

In der sozialdemokratischen Partei hatte es in der Zeit des späten Kaiserreichs keine Festlegung auf die Staatsform gegeben, in der der Sozialismus verwirklicht werden sollte.<sup>31</sup> Auch genöß der Parlamentarismus wegen der im Kaiserreich eingeschränkten Rechte der Volksvertretung und der Machtlosigkeit der SPD-Reichstagsfraktion trotz seit 1912 hoher Mandatszahl kein uneingeschränktes Ansehen. Dennoch erwarteten die führenden Sozialdemokraten die Errichtung der sozialistischen Gesellschaft in erster Linie auf der Grundlage einer von der sozialdemokratischen Partei errungenen Mehrheit in einer Republik. Dies war auch die Auffassung Rosa Luxemburgs bis Oktober 1918.

#### *Arbeiter- und Soldatenräte als Träger der revolutionären Bewegung*

Die rasche Etablierung der Arbeiter- und Soldatenräte in Deutschland in den revolutionären Novembertagen 1918 stellte für Rosa Luxemburg eine Art Volksentscheid, ein eindeutiges Votum der Massen für die Ablösung der halbabsolutistischen Staatsform (die erst in den letzten Oktobertagen 1918 etwas demokratisiert worden war) durch das Rätssystem dar.<sup>32</sup> Auch in den Städten und Regionen ohne USPD- und Spartakuseinfluß wurden Arbeiter- und Soldatenräte, und zwar unter Führung der Mehrheitssozialdemokraten, gegründet.<sup>33</sup> In einem raschen revolutionären Prozeß, an dem also die zögerlichen Mehrheitssozialdemokraten ebenfalls voll beteiligt waren, hatte das Proletariat im Rahmen einer neuen Staatsform, dem Rätssystem, nach Luxemburgs Meinung, die politische Macht ergriffen und sollte sie nicht sofort wieder bei Wahlen zur Nationalversammlung zur Disposition stellen, sondern nunmehr für die Errichtung der sozialistischen Gesellschaft gebrauchen. Luxemburg knüpfte

---

28 Dies: Gesammelte Werke, Bd. 4, hrsg. von der Rosa-Luxemburg-Stiftung Gesellschaftsanalyse und politische Bildung e. V., wissenschaftliche Betreuung: Annelies Laschitza, 6., überarbeitete Auflage, Berlin 2000, S.148f.

29 Siehe ebenda, S.135, 147.

30 Siehe ebenda, S.396.

31 Siehe Miller, Problem, S.262f., 269.

32 Siehe in diesem Sinne: Luxemburg, Gesammelte Werke, Bd. 4, S.466.

33 Siehe Eberhard Kolb: Die Arbeiterräte in der deutschen Innenpolitik 1918-1919, Frankfurt a. M. u. a. 1978, S.80, 85, 88-113; ders.: Rätewirklichkeit und Räte-Ideologie in der deutschen Revolution von 1918/19, in: ders. (Hrsg.): Vom Kaiserreich zur Weimarer Republik, Köln 1972, S.165-184.

damit an ihre alten Forderungen aus der Vorkriegszeit an, daß die Sozialdemokratie konsequent die Macht anstreben, übernehmen und für die Realisierung des Sozialismus nutzen sollte.<sup>34</sup> Diese Linie war schon auf dem Parteitag vom Oktober 1891, also schon vor Eintritt Luxemburgs in die deutsche Sozialdemokratie, als Richtschnur in einer Resolution festgelegt worden, in der es hieß, „daß die Eroberung der politischen Macht das erste und Hauptziel ist, nach der jede klassenbewußte Proletarierbewegung streben muß“.<sup>35</sup> Damit hielt sich Luxemburg auch in der Frage der Machtübernahme durchaus im Rahmen geltender Beschlüsse der SPD.

In dem von Rosa Luxemburg verfaßten und am 14. Dezember 1918 veröffentlichten Programm des Spartakusbundes, das auf dem Gründungsparteitag zum Jahreswechsel 1918/19 als Programm der Kommunistischen Partei Deutschlands angenommen wurde, finden wir die alten Programm- und Argumentationspunkte der Sozialdemokratie wieder, darunter – ähnlich wie im Erfurter Programm von 1891 – die „Enteignung von Grund und Boden aller landwirtschaftlichen Groß- und Mittelbetriebe [...] Enteignung aller Banken, Bergwerke, Hütten sowie aller Großbetriebe in Industrie und Handel durch die Räterepublik [...] Übernahme des gesamten öffentlichen Verkehrswesens“ als eine wichtige Grundlage für die sozialistische Gesellschaft.<sup>36</sup>

Luxemburg betonte sehr prägnant für die Phase der revolutionären Umgestaltung der kapitalistischen in eine sozialistische Gesellschaft die Notwendigkeit einer kontinuierlichen Mitgestaltung durch die Arbeiterschaft: Die „wirtschaftliche Umwälzung“ könne nicht durch die „nackten Dekrete oberster Revolutionsbehörden über die Sozialisierung“ eingeführt werden, sondern „sich nur als ein von der großen proletarischen Massenaktion getragener Prozeß vollziehen“; die revolutionären Delegierten auf allen Ebenen sollten jederzeit durch die Gremien oder Wählerinnen und Wähler zurückberufen und ersetzt werden können.<sup>37</sup> In den Betrieben sollten die Arbeiter „die Kontrolle über die Produktion und schließlich die tatsächliche Leitung an sich bringen“.<sup>38</sup> Arbeiter- und Soldatenräte sollten von der obersten Regierungs- bis zur untersten Gemeindeebene „alle Posten besetzen, alle Funktionen überwachen“.<sup>39</sup> Die letztere Forderung war als Grundsatz auch im sozialdemokratischen Parteiprogramm von 1891 enthalten. Dort hieß es: „[...] Selbstverwaltung des Volks in Reich, Staat, Provinz und Gemeinde, Wahl der Behörden durch das Volk, Verantwortlichkeit und Haftbarkeit derselben“.<sup>40</sup>

Mit ihrer Forderung nach der Aufrechterhaltung des Räteystems befanden sich Rosa Luxemburg und ihre politischen Freunde keinesfalls in der politischen Isolierung. „Die Institution der Räte [...] war [nach dem 9. November 1918] innerhalb weniger Monate tatsächlich zur politischen Zielvorstellung einer beachtlichen Mas-

---

34 Siehe Luxemburg, *Gesammelte Werke*, Bd. 1, 1. Halbbd., S. S.434.

35 August Bebel: *Ausgewählte Reden und Schriften*, Bd. 3: *Reden und Schriften Oktober 1890 bis Dezember 1895*, Endredaktion: Anneliese Beske/Eckhard Müller, München u. a. 1995, S.93.

36 Luxemburg, *Gesammelte Werke*, Bd. 4, S.449.

37 Siehe ebenda, S.446.

38 Ebenda, S.443.

39 Ebenda, S.442.

40 *Revolutionäre deutsche Parteiprogramme*, S.85.



senbewegung geworden“, wie Eberhard Kolb 1972 feststellte.<sup>41</sup> Sogar der auf dem rechten Flügel der Mehrheitssozialdemokratie stehende Rudolf Wissell, nach Ausscheiden der USPD Ende 1918 bis Februar 1919 im Rat der Volksbeauftragten sowie anschließend in der ersten Reichsregierung bis Juli 1919 für Wirtschaftspolitik zuständig, anerkannte 1919 die breite Zustimmung mit den Worten: „[...] die Schaffung einer den Bedürfnissen des Wirtschaftslebens sich anpassenden Räteverfassung [...] ist geboren und hat die Herzen der millionenköpfigen Arbeiterschaft erfüllt“.<sup>42</sup> Es waren also nicht nur der Spartakusbund (die spätere KPD) und die USPD, sondern auch weite Teile der Mehrheitssozialdemokratie und sogar einige linke bürgerliche Politiker, die die Räte für ein geeignetes Instrument zur Kontrolle und Ablösung der alten antidemokratischen Machteliten aus der Kaiserzeit – vor allem in der staatlichen Verwaltung und im Heer – und damit zur grundlegenden Demokratisierung der Gesellschaft hielten.<sup>43</sup> Es war das schwerwiegende, sich in der weiteren deutschen Geschichte verhängnisvoll auswirkende Versäumnis der mehrheitssozialdemokratischen Führung, daß sie trotz des Drängens aus der Arbeiterschaft und vieler Vorschläge aus den eigenen Reihen die im Räteystem liegenden Demokratisierungsmöglichkeiten – in Form einer zeitlich begrenzten Räteherrschaft oder wenigstens als Mischsystem von Parlament und Räten – vollständig ungenutzt ließ.<sup>44</sup>

Luxemburg gibt zwar in der „Roten Fahne“ und vor allem im Spartakusprogramm viele Beispiele für die Aufgaben der Arbeiterräte, aber kein detailliert ausgearbeitetes Konzept für eine Räteverfassung. Das war entsprechend Luxemburgs Grundüberzeugung die Aufgabe der proletarischen Massen im Verlaufe der revolutionären Entwicklung.<sup>45</sup> Auf jeden Fall sollten die alten antidemokratischen Machteliten für die Zeit der sozialen Revolution von der politischen Willensbildung ausgeschlossen werden. Doch mußten entsprechend der marxistischen Programmatik nach Vollendung der sozialistischen Gesellschaft alle Bürgerinnen und Bürger – also auch alle Nichtproletarier – in einer Gemeinschaft der Gleichen die gleichen politischen und sozialen Rechte innehaben.

Rosa Luxemburgs basisdemokratisches Konzept bedingte ihr eindeutiges Bekenntnis zum Mehrheitsprinzip im Räteystem, wie sie es prägnant im Spartakusbund-Programm von Mitte Dezember 1918 formulierte: „Der Spartakusbund wird nie anders die Regierungsgewalt übernehmen als durch den klaren, unzweideutigen Willen der großen Mehrheit der proletarischen Masse in ganz Deutschland, nie anders als kraft ihrer

---

41 Kolb, Rätewirklichkeit, S.165.

42 Zit. nach Walter Euchner: Ideengeschichte des Sozialismus in Deutschland, Teil I, in: Helga Grebing (Hrsg.): Geschichte der sozialen Ideen in Deutschland. Sozialismus – Katholische Soziallehre – Protestantische Sozialethik. Ein Handbuch, Essen 2000, S.15-350, hier S.273, Anm. 42.

43 Siehe ebenda, S.273-278.

44 Siehe Kolb, Rätewirklichkeit, S.179-182.

45 Zur Entwicklung der Rätebewegung und der Rätekonzeptionen siehe Horst Dähn: Räte-demokratische Modelle. Studien zur Rätediskussion in Deutschland 1918-1919, Meisenheim a. Gl. 1975; Volker Arnold: Rätebewegung und Rätetheorien in der Novemberrevolution. Räte als Organisationsformen des Kampfes und der Selbstbestimmung, 2. überarb. Neuaufl., Hamburg 1985.

bewußten Zustimmung zu den Ansichten, Zielen und Kampfmethoden des Spartakusbundes.“<sup>46</sup> Die revolutionäre Gewalt sollte nur defensiv zur Abwehr des konterrevolutionären Terrors erfolgen.<sup>47</sup> Damit lehnte Luxemburg im Unterschied zu den Bolschewiki eine Minderheitenherrschaft innerhalb des Rätessystems und eine Unterdrückung der Andersdenkenden ab und vertrat eine ausgeprägte Basisdemokratie mit Meinungsfreiheit für alle Proletariat.

#### *Rosa Luxemburg als linksradikale Sozialdemokratin*

Zwar distanzierte sich Rosa Luxemburg auf dem Gründungsparteitag der KPD von der SPD-Politik seit dem Erfurter Programm von 1891 und kennzeichnete die deutsche Sozialdemokratie der Kaiserzeit in einer überspitzten und widersprüchlichen Polemik als rein reformistisch, ohne den Willen zur revolutionären Machtübernahme.<sup>48</sup> Doch betrachtet man ihre bis Januar 1919 vertretene politische Konzeption sowohl insgesamt wie im einzelnen, so bleibt sie dabei durchaus im Rahmen der sozialdemokratischen Programmatik aus der Zeit vor 1914, wenn auch auf dem äußersten linken Flügel. Dies kam auch bei den Beratungen zur Namensgebung für die neue Partei zum Ausdruck. Denn auf einer Vorkonferenz zum Gründungsparteitag am 29. Dezember 1918 „wandten sich Rosa Luxemburg und Jogiches heftig dagegen“, die Bezeichnung „Kommunistische Partei“ wie in Rußland zu verwenden, und traten stattdessen für den Namen „Sozialistische Partei“ ein.<sup>49</sup>

Die besondere Charakteristik von Luxemburgs Demokratiekonzept besteht – im Unterschied sowohl zu dem bürokratischen der SPD wie zu dem ultrazentralistischen der Bolschewiki – in einer stark basisdemokratischen Orientierung. Mit dieser Demokratiekonzeption und ihrer opferbereiten, konsequenten Haltung wurde Rosa Luxemburg das weithin bekannte Symbol eines menschlichen, freiheitlichen Sozialismus. Sie war ein Dorn im Fleische des Kommunismus der leninschen und besonders der stalinschen Version. Denn sie erinnerte immer wieder daran, daß Sozialismus nur in einem freiheitlichen Prozeß ohne Unterdrückung der politisch Andersdenkenden zu realisieren ist. Sie war und ist aber auch immer ein Dorn im Fleische der sozialdemokratischen Parteien, weil sie daran erinnert, daß das Ziel der Sozialdemokratie nicht nur in der Herstellung der politischen Gleichstellung besteht, sondern gleichzeitig auch in der Schaffung der wirtschaftlichen und sozialen Gleichberechtigung aller Bürger. Und sie ist auch ein Dorn im Fleische der Globalisierungsverfechter, weil ihr Leben und Werk immer wieder dazu auffordern, sich nicht mit den schreienden politischen und sozialen Ungerechtigkeiten insbesondere in der ‚Dritten Welt‘ abzufinden, sondern sich mit voller Kraft und mit nicht nachlassender Hartnäckigkeit gegen alle kriegerischen Tendenzen und Handlungen, gegen Armut und Ausbeutung einzusetzen.

46 Luxemburg, Gesammelte Werke, Bd. 4, S.448.

47 Siehe ebenda, S.443-445.

48 Siehe ebenda, S.486-494.

49 Hugo Eberlein: Spartakus und die Dritte Internationale, in: Internationale Pressekorrespondenz, Wien, 4. Jg., 1924, Nr. 28/29 (Februar), S.306.